

GEBÄUDE

Ungenutzte Chance

Der Immobiliensektor gilt als Schlüsselfaktor beim Klimaschutz. In der energetischen Gebäudesanierung steckt viel Potenzial, Kohlendioxid einzusparen. Gebäude stehen für etwa 35 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs in Deutschland und für etwa ein Drittel der CO₂-Emissionen.

Doch die Sanierung des Gebäudebestands kommt nur schleppend voran. Die Frage, wie eine energetische Gebäudesanierung auszusehen hat, ist längst zu einem Glaubenskrieg geworden. Sind es strombetriebene Wärmepumpen oder Gaskessel in Kombination mit solarthermischen Anlagen und andere Hybridlösungen? Eine Möglichkeit wäre auch die Nutzung vorhandener Infrastrukturen für Strom, Gas und Öl, um aus Wind- oder Sonnenstrom mittels Elektrolyse CO₂-neutral gasförmige und flüssige Kraftstoffe zu produzieren.

Beim Wohngipfel im September im Kanzleramt spielte der Klimaschutz so gut wie keine Rolle. Das Thema ist unbeliebt: **Energieeffizienz** gilt als Kostentreiber sowohl beim Bau als auch bei der Sanierung von Wohnungen. Doch Fakt ist: Will die deutsche Regierung das Ziel, einen nahezu klimaneutralen Gebäudebestand bis 2050 zu erreichen, nicht verfehlen, dann muss die Sanierungsquote dringend gesteigert werden.

Beim Neubau hat die Bundesregierung über Jahre die Mindesteffizienzstandards angehoben. Angesichts der geringen Neubautätigkeit ist der Effekt jedoch minimal. Der Bestand insgesamt wird nicht wesentlich effizienter, die Sanierungsquote erreicht nicht einmal den Wert von einem Prozent pro Jahr. Erforderlich wären zwei bis drei Prozent. Schließlich wurden 65 Prozent der insgesamt knapp 19 Millionen Wohngebäude vor 1979 errichtet, also bevor die erste Wärmeschutzverordnung in Kraft trat. Sie sind gar nicht oder unzureichend gedämmt.

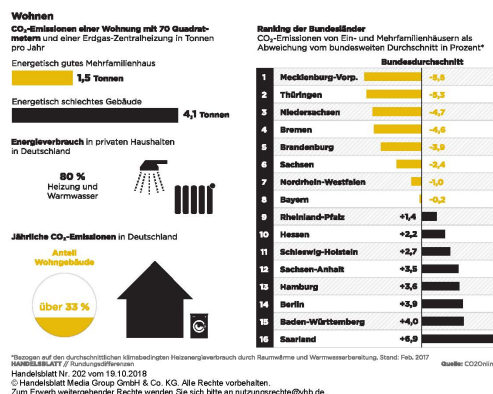
Nach Berechnungen der Deutschen **Energie**-Agentur dena benötigen Gebäude aus der Nachkriegszeit im Durchschnitt dreimal so viel **Energie** wie heutige Standard-Neubauten. Selbst in Häusern aus den Neunzigerjahren liegt der Verbrauch noch etwa doppelt so hoch.

Seit Jahren debattiert die Politik darüber, für energetische Sanierungsmaßnahmen eine steuerliche Abschreibungsmöglichkeit zu schaffen - bislang ohne Erfolg. Dabei ist ein Kernvorhaben zur Erreichung der **Energiewende** in dem Bereich. "Der Gebäudebestand ist die größte Stellschraube, die wir haben, den CO₂-Ausstoß unseres Sektors zu reduzieren", sagt Andreas Mattner, Präsident des Zentralen Immobilien Ausschusses (ZIA). Der Gesetzgeber sollte die energetische Ertüchtigung von Gebäuden mittragen, "sonst müssen Eigentümer, Mieter und Nutzer die Kosten alleine stemmen".

Im Koalitionsvertrag von Union und SPD ist das Vorhaben verankert. Die Bundesregierung will eventuell die Förderung im Rahmen des laufenden parlamentarischen Verfahrens für den Haushalt 2019 noch berücksichtigen, heißt es im Wirtschaftsministerium. In der Branche rechnet kaum jemand mehr mit einem schnellen Durchbruch. Am Ende müssten auch die Länder über den Bundesrat zustimmen.

Dringend nötig ist ein einheitliches **Gebäudeenergiegesetz**. Bislang gibt es ein juristisches Potpourri aus **Energieeinsparverordnung**, dem **Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG)** und **Energieeinspargesetz**. Ein Referentenentwurf wollen Wirtschafts- und Bauministerium in den nächsten Wochen vorlegen. Silke Kersting

Kersting, Silke



Quelle:	Handelsblatt print: Nr. 202 vom 19.10.2018 Seite 062
Ressort:	Wochenende
Serie:	Gescheiterte Klimapolitik (Handelsblatt-Beilage)
Dokumentnummer:	74097085-491D-4CF8-BD62-A0AD8B672CDA

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/HB_74097085-491D-4CF8-BD62-A0AD8B672CDA%7CHBPM_74097085-491D-4CF8-BD62-

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH



© GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH